

Der Rote Hahn



WWW.DIELINKE-FFO.DE



FACEBOOK.COM/DIELINKEFFO



INSTAGRAM.COM/DIELINKE_FRANKFURTODER



Außerordentliche Tagung des 7. Landesparteitags am 16. Januar 2022

Politischer Jahresauftakt und Landesparteitag

Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht.

Am 15. Januar hatte der Parteivorstand zu seinem Politischen Jahresauftakt eingeladen und einen Tag später, am 16. Januar, fand eine außerordentliche Tagung des Landesparteitags des DIE LINKE. Landesverband Brandenburg statt. Beide Veranstaltungen verfolgte *Michael Große* für **Der Rote Hahn** im Livestream.

Unter die Überschrift "Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht.", war der Politische Jahresauftakt der LINKEN 2022 gestellt, in Anlehnung an ein Papier der beiden Parteivorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, in dem diese ihre Vorstellungen über einen sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft darlegen und das auf dem Jahresauftakt vorgestellt wurde.

Susanne Henning-Wellsow ging in ihrer Rede darauf ein, dass wir trotz der Schwierigkeiten, die Corona mit sich bringt, viel aufzuarbeiten und zu klären haben.

Nach der schweren Niederlage bei der Bundestagswahl, bei der wir um ein Haar aus dem Bundestag geflogen wären, können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Sich auf Rosa Luxemburg beziehend

plädierte Henning-Wellsow für mehr solidarische Selbstkritik und mehr Debatte, in der nicht nur auf die Bundestagswahl, sondern auf alle politischen Ebenen geschaut wird. Die Wähler:innen würden sich sehr genau anschauen, auf welcher Ebene sie welcher Partei ihre Stimme geben.

► Fortsetzung auf Seite 4

DIE LINKE. Brandenburg:

Politischer Jahresauftakt und Landesparteitag

Seiten 1 & 4-7

Friedenspolitik:

Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg

Seiten 8-9

Brückenfest:

Neuanlauf für das Brückenfest 2022 startet

Seite 11

Frankfurt zeigt Haltung:

Aktionstag für Solidarität am 31. Januar in Frankfurt (Oder)

Seite 15

Termine

Deutsch-polnische Seniorenakademie
08. Februar 2022, 15:00 Uhr

Vorstellung des Minibuches „Gemeinsam – Razem“ zum 20. Jahrestag der Seniorenakademie

📍 Collegium Polonicum, Ul. Kościuszki 1, 69-100 Słubice

Cuba sí Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

09. Februar 2022, 19:00 Uhr

Treffen der Regionalgruppe

(vorbehaltlich der aktuellen Corona-Lage)

📍 Havanna Bar, Ziegelstraße 36, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtbau in der SVV

10. Februar 2022, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 Oderturm, 9. Etage / Raum Heilbronn, Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtbau in der SVV

15. Februar 2022, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 Oderturm, 9. Etage / Raum Heilbronn, Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

RotFuchs Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

18. Februar 2021, 15:00 Uhr

Aktuelle Entwicklungen in China – was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen

Referent: Dr. Uwe Behrens, promovierter Transportökonom, lebte und arbeitete 27 Jahre in der VR China

📍 Begegnungsstätte "Oderblick" der Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e. V., Logenstraße 1, 15230 Frankfurt/Oder

DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder)

22. Februar 2022, 18:00 Uhr

Sitzung des Kreisvorstandes

📍 Online-Veranstaltung, Zugangsdaten erhältlich über frank.kreitner@dielinke-ffo.de

AG DIE LINKE. stärken

22. Februar 2022, 18:00 Uhr

Plattform politische Bildung von links Reihe: Sozialismus im 21. Jahrhundert

„Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution“

Besprechung des Buches von Klaus Dörre (siehe Kasten auf Seite 12)

📍 Online-Veranstaltung, Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu>

DIE LINKE. Frankfurt (Oder), Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtbau in der SVV

26. Februar 2022

Klausur Fraktion und Kreisvorstand

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtbau in der SVV

03. März 2022, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 Oderturm, 9. Etage / Raum Heilbronn, Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

Jahrestage

06. Februar 1921 | Frankfurt (Oder)

* Zvi Aharoni

Zvi Aharoni war ein israelischer Mossad-Agent. Er war wesentlich an der Ergreifung Adolf Eichmanns beteiligt. Hermann Aronheim (später Zvi Aharoni) entstammte einer gutbürgerlichen Familie, der Vater war Rechtsanwalt. Er besuchte in Frankfurt (Oder) das Friedrichsgymnasium.

10. Februar 1898 | Augsburg

* Bertolt Brecht

12. Februar 1908 | München

* Olga Benario

22. Februar 1840 | Köln Deutz

* August Bebel

22. Februar | Gefängnis München-Stadelheim

† Sophia (Sophie) Magdalena Scholl

Sophie Scholl war eine deutsche Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus. Sie wurde wegen ihres Engagements in der Weißen Rose im Alter von 21 Jahren von den Nazis ermordet.

22. Februar | Gefängnis München-Stadelheim

† Hans Fritz Scholl

Hans Fritz Scholl war ein deutscher Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Er wurde wegen seines Engagements in der Weißen Rose im Alter von 23 Jahren von den Nazis ermordet.

März 1945 | KZ Bergen-Belsen

† Annelies Marie (Anne) Frank

Das Tagebuch der Anne Frank gilt als ein historisches Dokument aus der Zeit des Holocaust und die Autorin Anne Frank als Symbolfigur gegen die Unmenschlichkeit des Völkermordes in der Zeit des Nationalsozialismus. Anne Frank wurde Anfang März 1945 im Alter von 15 Jahren im KZ Bergen-Belsen von den Nazis ermordet.

05. März 1871 | Zamość, Polen

* Rosa Luxemburg

07. März 1940 | Schönefeld bei Luckenwalde

* Alfred Willi Rudi Dutschke

Historische Ereignisse

17. Januar 1945

Befreiung des KZ Warschau

17. Januar 1988

Am Rande der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration werden in Berlin ca. 120 Oppositionelle festgenommen, die unter der Losung „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ gegen die staatliche Bevormundung protestieren wollen.

19. Januar 1992

Eröffnung der ersten zentralen deutschen Gedenkstätte zur Erinnerung an den Holocaust in der Berliner Villa am Wannsee

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

17. Januar

Martin Luther King Day

Vereinte Nationen (UN)

27. Januar

Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust / Holocaust-Gedenktag / Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Hilfswerk Jugend Eine Welt

31. Januar

Tag der Straßenkinder

UN-Menschenrechtskommission

06. Februar

Internationaler Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung

Vereinte Nationen (UN)

12. Februar

Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten

Vereinte Nationen (UN)

20. Februar

Welttag der Sozialen Gerechtigkeit

Vereinte Nationen (UN)

08. März

Internationaler Tag der Frau / Internationaler Frauentag / Frauen*kampftag

Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle

Dienstag	10:00 – 16:00 Uhr (13:00 Uhr - 16:00 Uhr Kassenzeit)
Donnerstag	09:00 – 10:00 Uhr
Freitag	10:15 – 13:00 Uhr (Sozialberatung)

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Hinweis: Die Kontaktnachverfolgung ist weiterhin obligatorisch. In der Kreisgeschäftsstelle kann man seine Anwesenheit per **luca-App** dokumentieren. www.luca-app.de

Die Nutzung ist selbstverständlich freiwillig. Wer die luca-App nicht nutzen möchte, muss ich weiterhin in die Anwesenheitslisten eintragen.

Neues aus dem Kreisvorstand

von Elke Thiele

Die Kreisvorstandssitzung am 10. Januar wurde eingeleitet mit guten Wünschen zum neuen Jahr für die zugeschalteten Genossinnen und Genossen, dazu gehörte auch unser Oberbürgermeister Genosse René Wilke.

Am Anfang der Sitzung berichtete er von der gemeinsamen Beratung mit Genossin Sandra Seifert und Genossen Stefan Kunath zu wichtigen Themen und Aufgaben der nächsten Monate. Die Durchführung einer solchen Beratung war eine der Schlussfolgerungen aus der Auswertung der Wahlergebnisse, die Zusammenarbeit von Kreisverband, Fraktion DIE LINKE und Oberbürgermeister zu intensivieren.

Des Weiteren schätzte er die politische Lage ein. Zu den „Corona-Spaziergängen“ hatte er sich schon im Neujahrsinterview in der Märkischen Oderzeitung positioniert und auch der Pressesprecher hatte die Haltung der Stadtregierung in die Öffentlichkeit getragen. Selbstverständlich gilt es, das Recht auf Versammlungsfreiheit zu wahren, er verurteilt aber die Art und Weise des Protestes. Er suche das Gespräch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern, weiß, dass sie sehr unterschiedliche Ansichten und Beweggründe hätten. Zu ihnen gehören rechtsextreme Kräfte, Querdenker und -denkerinnen, allgemein Unzufriedene, aber auch Ärzte und Ärztinnen, Heilpraktiker und Heilpraktikerinnen, auch Geimpfte, die gegen eine allgemeine Impfpflicht sind. Es laufen auch bekannte Persönlichkeiten der Frankfurter Zivilgesellschaft mit. Aus der Sicht des Oberbürgermeisters gibt es von staatlicher Seite zwei Möglichkeiten des Umgangs mit diesen Protesten bei Wahrung des Rechtes auf Versammlungsfreiheit und Einhaltung der gesetzlichen Regelungen: Zum einen kann das Ordnungsamt die Verstöße gegen die Coronamaßnahmen ahnden. Zum anderen kann die Polizei bei Verstößen die Versammlungen auflösen und Platzverweise erteilen. Bei Letzterem besteht die Gefahr einer weiteren Eskalation, die zu einer noch stärkeren Mobilisierung führen könne.

Über diese Ausführungen des Oberbürgermeisters wurde anschließend ausführlich diskutiert. Dabei stimmten die Diskutierenden u.a. zu, dass auf Grund des unterschiedlichen Spektrums der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht alle gleichzusetzen seien. Es gibt welche, die gesprächsbereit sind, die deeskalieren und den Unmut kanalisieren auf demokratische Weise. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass auch in der Landtagsfraktion und im Landesvorstand auf diese Weise Stellung bezogen wurde.

Die weitere Beratung beschäftigte sich mit der Situation im Klinikum. Nach dem Betreiberwechsel wird von einem zunehmenden Druck auf die Beschäftigten sowohl bei den Pflegekräften als auch bei der Ärzteschaft berichtet. Es bestünden aber kaum ausreichende politische Interventionsmöglichkeiten, da sich das Klinikum in Privatbesitz befindet. Von Seiten der Linken wird der Kontakt zum bestehenden Betriebsrat gehalten. Genossin Boba Preuß forderte in diesem Zusammenhang eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung der Gesundheits- und Pflegeberufe.

Im nächsten Punkt gab Genosse Wilke einen Einblick in die Planung der Vorlagen der Verwaltung, über die die Stadtverordnetenversammlung in den nächsten Monaten beraten und beschließen soll.

Vorab konnte er davon berichten, dass eines der Wahlversprechen in diesem Jahr eingelöst werden wird: Alle noch offenen Haushaltsabschlüsse der vergangenen Jahre werden bis zum Ende von 2022 genehmigt sein. Besondere Bedeutung für die Stadtgesellschaft und -entwicklung werde die Bewerbung für das Zukunftszentrum für europäische Transformation und Deutsche Einheit und der mögliche Zuschlag durch den Bund haben.

Aus seinen weiteren Ausführungen seien noch einige Vorhaben genannt: Im Laufe des Jahres werden zahlreiche Steuersatzungen verändert werden, z. B. die der Parkgebühren. Weiterentwickelt wird die Seniorenpolitik, es werden

weitere Maßnahmen der Barrierefreiheit umgesetzt, die Stadtentwicklungsplanung und die Kulturkooperationen werden fortgesetzt. Am Rathaus sollen Ende des Jahres die Gerüste fallen, dafür beginnt die Rekonstruktion des alten Kinos.

DIE LINKE befürwortet die Bewerbung um das Transformationszentrum und werde sich aktiv beteiligen, so Genosse Kunath. Des Weiteren hob er für den Kreisverband die besondere Bedeutung der Seniorenpolitik, der Kulturkooperation und der Beziehungen zwischen Stadt und Universität hervor. Sowohl die Basis der Linken als auch darüber hinaus die Stadtgesellschaft sollten durch Foren und andere Gesprächsformate mehr in die Beratung und bei der Umsetzung einbezogen werden.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Beratung über das Brückenfest. Genosse Kunath und Mitglieder der Projektgruppe äußerten sich über Perspektiven eines solchen Festes und zu Schwerpunkten eines Konzeptes. Darüber gab es kontroverse Diskussionen. Die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und Aufgaben werden zeitnah im Informationsblatt Der Rote Hahn veröffentlicht.

Fazit der Beratung: Das neue Jahr wartet mit vielfältigen Aufgaben auf alle unsere Genossinnen und Genossen. Packen wir sie gemeinsam und solidarisch an!

”

So ein herrlicher Tag, und ich soll gehen. Aber was liegt an unserem Leben, wenn wir es damit schaffen, Tausende von Menschen aufzurütteln und wachzurütteln.

“

Sophie Scholl

10. April 1913 - 22. Februar 2001

Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht.

► Fortsetzung von Seite 1

JAHRESAUFTAKT

20
22

Für eine LINKE
Transformation.
Sozial und
klimagerecht.

DIE LINKE.

Sie unterstrich, dass wir auf die zugehen müssen, deren Interessen wir vertreten wollen, ihnen zuhören, mit ihnen reden. Es geht auch darum, innerparteiliche Streite zu beenden, Blockaden zu überwinden und in den kommenden Monaten solidarisch die Ursachen für die Krise der LINKEN zu ermitteln, zu diskutieren und die Erkenntnisse so zusammenzuführen, dass wir gemeinsam klüger werden, und sie so zusammenbringen, dass wir im Land besser gehört und verstanden werden.

Zu Beginn ihrer Rede sagte Janine Wissler: „Wir können nicht weitermachen wie bisher. Wir brauchen Erneuerung, wir brauchen eine Erneuerung unseres Gründungskonsens, um eingreifen zu können in die Auseinandersetzungen unserer Zeit.“ DIE LINKE will nicht sozialer Reparaturbetrieb, sie will die Kraft sein, die auf politische Veränderungen drängt, für soziale Gerechtigkeit, für Klimaschutz und internationale Solidarität. Das heißt Druck zu machen auf die Ampel von links als anti-

kapitalistische Partei, die die Kämpfe um konkrete Verbesserungen mit der Vision einer grundsätzlichen anderen demokratischen sozialistischen Gesellschaft verbindet. Vorschläge für die inhaltliche Ausgestaltung dieses Drucks enthält das Papier „Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht“. Es geht um eine LINKE Alternative zum, von der Ampel angestrebten, grünen Kapitalismus, die auf Klimaschutz, einen Ausbau des Öffentlichen und gute Arbeit setzt. Das Papier ist abrufbar unter <https://kurzelinks.de/linke-transformation>.

Als Gastredner waren der Bundespräsidenten kandidat der LINKEN, Gerhard Trabert, und John McDonnell von der britischen Labour Party zugeschaltet.

„Die Mutter aller politischen Probleme ist die soziale Ungerechtigkeit.“ ist das Credo Gerhard Traberts. Die Co-Moderatorin des Jahresauftaktes Melanie Wery-Simse kündigte ihn mit den Worten an: „Wir freuen uns sehr, mit Gerhard Trabert einen Botschafter unserer Vision der unteilbaren Solidarität gewonnen zu haben.“ Trabert, ein Arzt, der sich seit Jahren für Menschen in Not engagiert, bestätigte mit seiner Rede diese Charakterisierung voll und ganz. Er verwies auf unser aller Wissen über den Umgang mit Geflüchteten im Mittelmeer und in den Flüchtlingslagern, die zunehmende Armut und die steigende Sterberate armer Menschen. Die Ursachen dafür sieht Trabert in der

Wirtschafts-, der Handels-, der Außen- und natürlich in der Sozialpolitik. Dagegen ist Widerstand notwendig und Solidarität mit den Betroffenen. Bei allen Diskussionen über soziale Ungerechtigkeit darf nicht vergessen werden, die Betroffenen immer wieder selbst zu Wort kommen zu lassen. „Wir dürfen nicht über sie reden, wir müssen mit ihnen reden.“ Zum Schluss äußerte Trabert die Bitte an die Medien, an alle, niemals von sozialschwachen Menschen zu sprechen. Es sind sozial benachteiligte, einkommensschwache Menschen, häufig durch gesellschaftliche Strukturen verursacht. Es gilt deshalb, sie in der Kommunikation nicht zu diffamieren und stigmatisieren.

Der zweite Gastredner, John McDonnell, der unter Jeremy Corbyn Schatzkanzler in dessen Schattenkabinett war und der der Labour-Linken zugerechnet werden kann, sprach über die Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation als ein zentrales Thema der europäischen Linken und darüber, was linke Parteien tun müssen, um mit einer solchen in das post-karbonisierte Industriezeitalter hinüberzukommen. Seine Ausführungen machen deutlich, dass eine sozial-ökologische Transformation ein enges Zusammenwirken linker Parteien in Europa, ja in der ganzen Welt erforderlich macht.

Auf youtube (<https://kurzelinks.de/5k8p>) ist das Video „Politischer Jahresauftakt der LINKEN 2022“ abrufbar.

DIE LINKE. Brandenburg sucht ihren Weg aus der Krise

Einen Tag nach dem Jahresauftakt der LINKEN tagte der Landesparteitag der Brandenburger LINKEN. Geplant war eine Auswertung der Bundestagswahl, zu der das Diskussionsangebot „Neustart für DIE LINKE. Re-Staat für das Land.“ von Landesvorstand und Landtagsfraktion als Diskussionsgrundlage vorlag. (von Michael Große)

Die Co-Vorsitzende Katharina Slanina sieht die Onlinetagung nicht als Startpunkt und auch nicht als Schlusspunkt der Debatte über die Ergebnisse der Bundestagswahl. „In vielen Gremien, in den Kreisverbänden,

an der Basis wurde bereits intensiv diskutiert.“

Sie hat die bisherige Diskussion als solidarisch empfunden, „nach vorne gerich-

tet und auf die Frage fokussiert, was wir gemeinsam besser machen können, ja besser machen müssen.“ Das lässt sie optimistisch in die Zukunft schauen.



Sie plädiert dafür, die die bisherige Debatte prägende Atmosphäre und den gezeigten Teamgeist beizubehalten, „denn wir haben schmerzhaft erfahren, zerstrittene Parteien werden nicht gewählt.“

DIE LINKE. Brandenburg müsse zur alten Stärke zurückfinden, „plural, kreativ, vielfältig. Auch diskussionsfreudig, geeint und geschlossen, um für eine solidarische Gesellschaft kämpfen zu können.“ Gemeinsam muss nach dem Weg aus der Krise gesucht werden. Allerdings sieht Slanina die Hauptursache für die Niederlage am 26. September auf Bundesebene. In Brandenburg hätte sie einen geschlossenen Wahlkampf mit vielen engagierten Genossen erlebt. Zukünftig muss DIE LINKE wieder unterscheidbarer werden. Gebraucht wird ein originäres LINKES Projekt, das gesellschaftliche Relevanz hat. Dies liegt eigentlich auf der Hand, „überdeutlich hat uns Corona die Webfehler eines kapitalgetriebenen Wirtschaftsystems vor Augen geführt.“

Aus den Ergebnissen der zurückliegenden Debatten, der Online-Workshops und des Parteitags soll bis April ein Arbeitsauftrag an den neuen Landesvorstand entstehen, der den Kurs und die Aufgaben für die kommenden zwei Jahre absteckt – also bis zu den Kommunalwahlen und der Landtagswahl 2024.

In der anschließenden Generaldebatte sprachen aus dem Kreisverband Frankfurt (Oder) Tom Berthold und Stefan Kunath. Tom sieht neben den vielen Fehlern, die wir selbst gemacht haben, einen äußeren Umstand, der die Arbeit nicht leicht gemacht hat und sie auch in Zukunft nicht leicht machen wird: Mehrere Jahrzehnte Neoliberalismus hinterlassen Spuren in der Gesellschaft. „Vor allem, was die fortschreitende Individualisierung angeht.“ DIE LINKE darf diese nicht unterstützen. In ihrer politischen Praxis muss sie ganz und gar auf die Stärkung des Kollektiven setzen, die Veränderungskraft von verändernder Demokratie und Interessenvertretung unter Beweis stellen. Dafür will er klein ansetzen, mit dem Fokus auf Mitglieder und Bildungsarbeit, echter Kampagnenfähigkeit, der politischen Organisation im Betrieb und in den Bildungsstätten, Bürgerinitiativen, der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen und Druck von unten aufbauen, um damit zu zeigen, dass vieles in der Gesellschaft veränderbar ist.

Stefan Kunath sprach sich dafür aus, bei all den unterschiedlichen Positionen zu einzelnen Fragen die sozialen Themen als die verbindende Klammer in den Vordergrund zu stellen. Dafür ist DIE LINKE bekannt, dafür wird sie gewählt. Und wenn es dann hier und da mal keine einheitlichen Positionen gibt, würde er sich eine gewisse Gelassenheit wünschen, was auch einen gewissen Spielraum zulässt, in dem dann einzelne Persönlichkeiten ihre Akzentuierung deutlich machen können. Ein Problem sieht Stefan auch darin, wenn eine Zielgruppe ein Thema nicht intuitiv versteht und es ihnen erst einmal erklärt werden muss, dann haben wir es mit einer großen Herausforderung zu tun. Ihm geht es um eine gewisse Alltagstauglich-

keit LINKER Themen. DIE LINKE muss mit ihren Ideen und Inhalte in den Vereinen, in den Kommunen, in den Nachbarschaften sichtbar und ansprechbar sein und dabei auch zurückgespiegelt zu bekommen, wo im Alltag der Schuh drückt. Das Zusammenschnüren von visionären Ideen mit der Alltagstauglichkeit, um es schrittweise umzusetzen wäre für ihn ein guter Schlüssel sich für die kommenden Monate und Jahre aufzustellen. Stefan begrüßte das gemeinsame Diskussionspapier von Landesvorstand und Fraktion. Dies sollte als Arbeitsgrundlage genommen werden, um vor Ort sichtbar zu sein.

Unter „Heraus aus dem Tief – aber wie?“ sind die vollständige Rede von Tom Berthold und die Redeskizze Stefan Kunaths veröffentlicht. Ob es nur Sonntagsreden waren, oder ob sich das Gesagte zeitnah im politischen Handeln vor Ort widerspiegelt, bleibt abzuwarten.

Der Vorsitzende unsere Fraktion im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, hält es für wichtig, sich wieder auf die kommunale Stärke zu besinnen. „Die Arbeit vor Ort, in den Kommunen zeigt, ob dieses Land funktioniert oder nicht. Die Arbeit vor Ort entscheidet auch darüber, ob wir ein Land der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität sind oder nicht. Und deshalb ist unsere Arbeit in den Kommunen so wichtig.“ Sicherlich hat er damit nicht nur die Arbeit der Fraktionen in den Kommunen gemeint. Denn Arbeit vor Ort heißt auch Arbeit des Kreisverbandes vor Ort.

Das gemeinsame Diskussionspapier des Landesvorstands und der Landtagsfraktion ist abrufbar auf:

<https://kurzelinks.de/Re-Staat>

Die Vertreter:innen des Landesverbandes Brandenburg für den Bundesausschuss der Partei DIE LINKE sind **Josie Rücker** (Barnim), **Justin König** (Ostprignitz-Ruppin) und **Martin Günther** (Barnim).

Als Stellvertreter*innen wurden **Bettina Lehmann** (Oder-Spree), **Anton Wiezorek** (Oberhavel) und **Wolfgang Ackermann** (Uckermark) gewählt.

Da der zweite Platz auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung nicht besetzt werden konnte, kann noch ein weiteres Mitglied des Bundesausschusses nachgewählt werden. Das Ergebnis wird derzeit noch per Briefwahl bestätigt.

Kampf gegen Individualisierung ist wichtiger denn je

Diesen Text hielt *Tom Berthold, stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied im Landesvorstand* in abgewandelter Form als Beitrag in der Generaldebatte des Landesparteitages vom 16.01. als Delegierter unseres Kreisverbandes.



gnen, die den Konsument:innen, also uns allen einbläut, das Klima- und Umweltschutz eine Konsumententscheidung ist, also wir selbst schuld sind, wenn wir nicht die besseren und teureren Produkte kaufen.

Während der letzten zwei Jahre der Pandemie musste ich mir auch zu oft staatstragende Sonntagsreden von Politiker:innen anhören, wo Mantra artig fabuliert wird, dass wir untereinander solidarisch sein müssen und mit unseren individuellen Entscheidungen den Pandemieverlauf beeinflussen. Während das natürlich stimmt und ein solidarischer Umgang untereinander extrem wichtig ist, sind diese Sonntagsreden zu oft auch ein Ersatz dafür, nicht über die gravierenden politischen Versäumnisse zu reden, die es bei der Pandemiebekämpfung gibt. Noch immer scheint die Strategie zu sein, dass sich im Gesundheitssystem Beschäftigte krank arbeiten müssen, während Pharma- und Krankenhauskonzerne Milliardenprofite machen und viele Länder auf der Welt nicht genug Impfstoff bekommen, weil einige in der westlichen Welt zu geizig sind, die Patente für Impfstoffe freizugeben.

Keiner Sozialistin wird das Wahlergebnis zur Bundestagswahl der LINKEN gefallen haben. Die derzeitige Schwäche ist nicht nur traurig für uns selbst, sondern vor allem schrecklich für viele abhängig Beschäftigte, deren Situation sich nicht verbessern wird oder für viele junge Menschen, die immer noch zu sehen müssen, wie ihre Zukunft mit Füßen getreten wird und der Klimawandel nicht bekämpft wird.

DIE LINKE hat viele Fehler gemacht, aber in den folgenden Absätzen möchte ich auf einen äußeren Umstand eingehen, der uns die Arbeit nicht leicht gemacht und hat und auch in Zukunft nicht leicht machen wird.

Mehrere Jahrzehnte Neoliberalismus hinterlassen eindeutig ihre Spuren in der Gesellschaft, vor allem was die fortschreitende Individualisierung angeht. Nicht nur wird schon in Kindern früh eingebläut, dass wenn sie es nicht schaffen in der Schule die soziale Ungerechtigkeit und Klassengesellschaft zu durchdringen, sie selbst schuld sind. Spätestens seit den 70er Jahren wissen nachweislich führende Konzerne weltweit, dass der Klimawandel existiert, er menschengemacht ist und aufhaltbar ist, wenn wir unser Wirtschaftssystem verändern würden. Seit den 70er Jahren investieren große Unternehmen und Konzerne aber auch Milliarden in Lobbyarbeit und Werbekampa-

In beiden Fällen wird die durch den Neoliberalismus allein schon vorherrschende Individualisierung in der Gesellschaft noch dadurch verschärft, dass klare politische Entscheidungen von Verantwortungsträger:innen, wie den Klimawandel nicht zu bekämpfen oder wegen Profitinteressen nicht genügend Impfstoff zu produzieren, letztendlich abgeladen werden auf jedes einzelne Individuum. Dieses Abschieben von Schuld, diese Individualisierung von Politik und Verantwortung funktioniert sogar so effektiv, dass Menschen nicht mehr daran glauben, dass Wählen gehen und andere politische Teilhabe in unseren Demokratien etwas verändern kann. Das muss-

ten wir im Bundestagswahlkampf und am Ergebnis besonders spüren. Das macht es uns als sozialistische Partei, die ihre Stärke nur aus der kollektiven Kraft ziehen kann, sehr schwer. Wer nicht daran glaubt, dass Wahlen etwas verändern können, für den ist das ernsthafte und umsetzbare Wahlprogramm einer sozialistischen Partei nicht mehr als eine bloße unrealistische Fantasie. Nichts mit dem man sich beschäftigen müsste oder was man ernst nehmen könnte.

Aus meiner Sicht muss für uns deswegen klar sein, dass wir diese Individualisierung nicht unterstützen dürfen. Wir müssen stets klar und deutlich benennen, wer hier alles gerade die Kraft hätte, wichtige Entscheidungen zu treffen und es nicht tut. Wir müssen stets erinnern, welche Verantwortung und Möglichkeiten Politiker:innen und

Entscheidungsträger:innen haben, und auch wer die meiste politische Verantwortung trägt. Das sind eben nicht die abhängig Beschäftigten in den systemrelevanten Berufen, die politisch tagtäglich seit zwei Jahren mit Füßen getreten werden, nein, das sind gerade sehr viele Regierungen, denen Wirtschaftskennzahlen und Profiteressen weniger immer noch wichtiger sind, als eine sozial gerechte, demokratische Gesellschaft in der es echte Freiheit gibt.

Wenn wir als Partei wieder stärker und wirkmächtiger werden wollen, müssen wir in unserer politischen Praxis ganz und gar auf die Stärkung des Kollektiven setzen. Wir müssen die Veränderungskraft von Demokratie und organisierter Interessenvertretung unter Beweis stellen. Wir müssen klein ansetzen und mit einem Fokus auf Mitglieder- und Bildungsarbeit,

echter Kampagnenfähigkeit, der politischen Organisation im Betrieb und den Bildungsstätten, in den Bürger:inneninitiativen, der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen mit Druck von unten zeigen, dass vieles in der Gesellschaft veränderbar ist und wir gemeinsam mit vielen auch dazu fähig sind. Wenn wir dann tatsächlich selbst in größerer Verantwortung stehen, müssen wir uns auch an Ergebnissen messen lassen und unter Beweis stellen, dass wir eben nicht wie jede andere bürgerliche Partei sind. Das hat in Brandenburg leider nicht immer geklappt, wie spätestens die Jahre seit 2009 gezeigt haben. Deswegen brauchen wir mehr Mut für Organisation, Kampagnenarbeit, politischer Bildung, lasst uns weniger staatstragend auftreten und mehr Widerständigkeit in der Praxis leben.

Gedanken aus der Rede auf dem Landesparteitag

von Stefan Kunath,
Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Auf den rhetorischen und inhaltlichen Linksschwenk von SPD und Grünen haben wir im Wahlkampf keine adäquate Antwort gefunden, außer unsere Positionen noch weiter zuzuspitzen. Das führte an einigen Stellen soweit, dass unsere Forderungen fernab von den Alltagserfahrungen und den Alltagsvorstellungen vieler Wählerinnen und Wähler waren. Beispiel: Bus und Bahn immer und überall kostenlos. Ich stehe zu der Forderung. Mir bekannte Eisenbahnerkolleginnen und -kollegen spiegelten mir aber zurück: „Was kostenlos ist, ist nichts wert.“ So haben sie es wahrgenommen. Wenn sich unsere Positionen nicht intuitiv erschließen, sondern erklärungsbedürftig sind, ist das ein Problem.

Angesichts der sozialen Spaltung, der Folgekosten der Corona-Pandemie, dem

Umbau unserer Gesellschaft zur klimaverträglichen Lebensweise, der Digitalisierung sehnen sich viele Menschen nach Stabilität und Sicherheit. Unser Wahlprogramm steht hingegen für einen grundsätzlichen Umbau und eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft. Das ist das Gegenteil von Stabilität und Sicherheit. Darauf hatten wir kommunikativ keine Antwort.

Rückschlüsse für die Aufstellung der Partei: visionäres Programm muss im Einklang stehen mit Alltagstauglichkeit unserer Forderungen.

Mittel der Wahl: neben guten Papieren und Positionen, müssen wir die Nervenzellen an den Schnittstellen zwischen Partei und Gesellschaft wieder stärken. D.h. stär-

kere Sichtbarkeit, Fenster öffnen, rausgehen, Kontakte (wieder)aufbauen. Zuhören, Probleme aufgreifen, an Lösungen mitarbeiten, Stärkung der kommunalen und kreislichen Ebenen der Partei

Grundlage für weitere inhaltliche Positionierungen, Erarbeitung politischer Konzepte und politischer Praxis ist das gemeinsame Papier von Landesvorstand und Landtagsfraktion. Dieses Papier begrüße ich ausdrücklich und freue mich darauf, auf dessen Grundlage weiterzuarbeiten. Das gemeinsame Leitbild zielt auf eine Stärkung des öffentlichen Sektors ggü. den Marktlogiken ab, insbesondere beim Wohnen und in der Gesundheit.

Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg

„Aufbruch für Abrüstung und Frieden“ steht über der Weihnachtsanzeige der Friedensbewegung 2021

von Dr. Horst Dahlmann



**Kein Frieden
ohne Abrüstung!
DIE LINKE.**

In den Botschaften des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und des Bundeskanzlers Olaf Scholz war viel von Dank an die Bundesbürger für das Verständnis der aus der Corona-Pandemie resultierenden Belastungen zu hören. Verbunden war dieser Dank mit der Aufforderung zum Zusammenhalt und zur Toleranz, um den vor der Gesellschaft stehenden neuen Anforderungen zur Bewältigung der Pandemie und der Klima-Krise gerecht zu werden. Der Bundeskanzler betonte, dass die Ampel-Koalition einen Aufbruch zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen wird. Damit würde nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand gewährleistet.

Die Corona-Pandemie und die Klima-Krise führen uns deutlich vor Augen, dass grundlegende soziale und ökologische Probleme der menschlichen Existenz nur in einem friedlichen Miteinander, in einer Koope-

ration zwischen den Staaten zu bewältigen sind, keineswegs in einer Konfrontation. Das erfordert einen Aufbruch in der Außenpolitik, weg von Aufrüstung, Gewaltandrohung, Militäreinsätzen, Sanktionen und Blockaden. Von diesen Einsichten war jedoch in den Ansprachen der beiden Staatspolitiker keine Rede.

Die Große Koalition verabschiedete sich mit einem Rüstungsexportrekord von 9,04 Milliarden € im Jahr 2021. Die Geschäftsführende Regierung, in der Olaf Scholz Vizekanzler war und dem Bundessicherheitsrat angehörte, stimmte noch Anfang Dezember als letzte Amtshandlung dem Export von Rüstungsgütern in Höhe von 4,91 Milliarden € zu. Der Bundessicherheitsrat zeichnet verantwortlich für die Waffenexporte. Zum großen Teil werden Waffen nach Ägypten geliefert. Die dortige Militärregierung wird international wegen Verletzung der Menschenrechte geächtet. Ägypten ist an den kriegerischen Konflikten im Jemen sowie in Libyen beteiligt.

Die Koalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, sieht kein Umsteuern, sondern eine Fortsetzung der verfehlten Außen- und Militärpolitik der Großen Koalition vor. Nicht erst das militärische und humane Fiasko von über zwei Jahrzehnte deutscher Kriegsbeteiligung in Afghanistan ist ein Beleg des Scheiterns dieser Politik. Bereits 1999 brachen SPD und Grüne den von der DDR und der BRD erklärten und im Zwei-plus-Vier-Vertrag fest geschriebenen Grundsatz, dass von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen darf. Dieser Vertrag war eine entscheidende Grundlage für die Wiedervereinigung. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Oskar Fischer (Grüne) integrierten die Bundeswehr in den von der NATO inszenierten völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien. Bald erfuhr die

Welt, dass die Erklärung des grünen Politikers Fischer, die Bombardierung Jugoslawiens diene der Verhinderung eines Holocausts an Albaner im Kosovo, eine Lüge war. Es ging um die Zerstückelung des Nationalitätenstaates Jugoslawien und die Etablierung der NATO auf dem Balkan, die dann schrittweise erfolgte.

Nun befindet sich die Bundeswehr seit mehr als zwei Jahrzehnte im Kosovo. Sie hat die Vertreibung der meisten Serben aus ihrer Heimat nicht verhindert. Das friedliche Nebeneinander von Albanern und Serben kann nur politisch, nicht militärisch geregelt werden. Wie viele Jahre noch und wofür soll deutsches Militär auf dem Balkan stehen?

Die Bilanz von zwanzig Jahre deutscher Kriegsbeteiligung in Afghanistan sind 59 dort gestorbene deutsche Soldaten und weit mehr in ihrer Gesundheit bleibend beeinträchtigte. Außerdem ist die BRD mit dieser in treuer Gefolgschaft der USA Beteiligung am Krieg mit verantwortlich für viele Tausende ums Leben gekommene Zivilisten in Afghanistan, darunter viele Frauen und Kinder. Der Militäreinsatz kostete mehr als 12 Milliarden €, die für friedliche Entwicklungshilfe hätten eingesetzt werden können. Die BRD stellte nach den USA das zweitgrößte Truppenkontingent.

Nach der militärischen Niederlage hinterließen die NATO dem afghanischen Volk Rechtlosigkeit und Hunger.

In Mali, nach einem Militärputsch seit 2020 de facto vom Militär regiert, war die Bundeswehr bereits in einem kriegerischen Konflikt verwickelt. Die der Westafrikanischen Staatengemeinschaft von der Übergangsregierung für Februar 2022 zugesagten Wahlen und die Rückkehr zur Verfassung sollen fünf Jahre aufgeschoben werden. Zu Recht fordert die Wehr-



beauftragte von der neuen Bundesregierung eine realistische Zielbewertung der Einsätze bis zur Option des Abzuges der Bundeswehr. Die globalen Konflikte der letzten Jahrzehnte veranschaulichen, dass

alle Versuche einer militärischen Lösung scheitern. Die Folge sind millionenfacher Tod, Vertreibung und Flucht von Millionen Menschen, Zerstörung ihrer Lebensumwelt und Beeinträchtigung des Klimas. Die Gefahr eines den Erdball verheerenden Atomkrieges ist stets gegenwärtig.

Die Friedensbewegung fordert eindringlich: „Abrüstung bleibt das Gebot der Stunde!“ Dem steht das Bekenntnis der Ampel-Koalition, zur Erfüllung der Forderung der NATO zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weitere Aufrüstung der Bundeswehr bereit zu stellen, entgegen. Statt von Jahr zu Jahr auf derzeit 47 Milliarden € erhöhte Rüstungsausgaben sollen es in naher Zukunft 75 Milliarden € sein. Die Bundeswehr soll für globale Auslandseinsätze modernisiert werden, auch mittels Kampfdrohnen bei Festhalten an der atomaren Teilhabe. Diese Milliarden gehören in den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, und zwar für Bildung, Gesundheit und eine Verkehrs-

wende. Deutsche historische Verantwortung gebietet statt mit Militärpräsenz und Rüstungsexport mit Politik und Diplomatie als Vermittler zu agieren. In deutschem und europäischem Interesse muss vor allem das Verhältnis zu Russland und China entspannt werden.

DIE LINKE war und bleibt als einzige Partei im Bundestag eins mit der Forderung der Friedensbewegung: Stopp des Rüstungsexports, Abrüstung und Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Daher gehören LINKE Kreisverbände und LINKE Politiker zu den Finanzierern der zitierten Weihnachtsanzeige.

Die Linkspartei steht mehr denn je in der Verantwortung mit einer Stimme und überzeugendem offensiven Handeln für die Ziele der Friedensbewegung einzutreten.

Vor Ort in Frankfurt (Oder):



Foto: DiG/Thomas Kläber

Postanschrift aktuell?

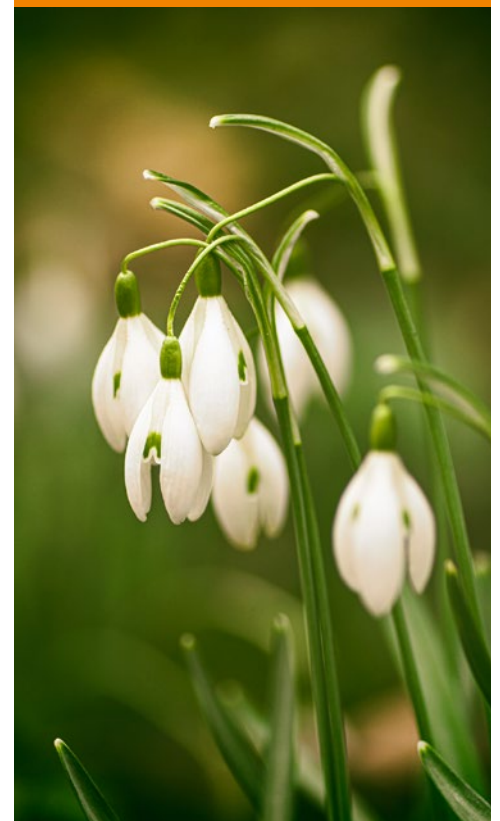
Liebe Genossinnen und Genossen,

da sich in letzter Zeit die Rückläufer bei den Briefen der Partei an Euch häuften, möchten wir Euch bitten, zu überprüfen, ob Ihr eure aktuelle Adresse bei uns hinterlegt habt.

Eine notwendige Aktualisierung könnt Ihr mit einer E-Mail an geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de, per Post, telefonisch oder auch zu den Öffnungszeiten in der Kreisgeschäftsstelle vornehmen.

Frank Kreitner, Kreisgeschäftsführer

Zum Geburtstag wünschen wir allen Genoss:innen und Leser:innen alles Gute und ein wunderbares neues Lebensjahr.



Bettina Fortunato

Mitglied des Landtages Brandenburg

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11 | 15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 / 56 229 108

Telefax: 0335 / 56 229 109

Email: buero.frankfurt@bettina-fortunato.de

Internet: www.bettina-fortunato.de



Hinweis:

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.

Für eine aktive Erinnerungs- und Gedenkkultur

Ein Kommentar zum Beitrag „Mangelnde Gedenkkultur in Frankfurt (Oder)?“ von Frank Kreitner im Roten Hahn 09.2021, S. 5, von Frank Hühner



Vor der Publikation eines Artikels ist es immer ratsam sich etwas intensiver mit den Fakten zu beschäftigen, die im Artikel dargestellt werden. So ist es falsch, dass der am oberen Brunnenplatz befindliche Synagogengedenkstein sich an der Stelle der ehemaligen Synagoge befindet. Aufgrund der massiven raumstrukturellen Veränderungen, die nach 1945 vorgenommen wurden, geben Straßen-, Wege- und Bausungsverlauf auch keine Orientierungspunkte zur Erschließung der ehemaligen Raumstruktur. Um dies zu ermöglichen, verläuft vom Gedenkstein ein Messingband zu einer im Gehweg eingelassenen Platte, die die ehemalige Raumstruktur wiedergibt. Ausgehend von dieser Platte befinden sich im Straßen- und Haltestellenraum Markierungspunkte, die die Eckpunkte der ehemaligen Synagoge kennzeichnen.

Der Ort des Gedenksteins ist somit mitnichten der ehemalige Standort der Synagoge. Ebenfalls historisch nicht korrekt ist die Aussage, dass die Synagoge von den Nationalsozialisten niedergebrannt wurde, läge dies doch nahe, dass das Gebäude in Gänze ein Opfer der Flammen wurde. Korrekt ist, dass es zu einer Zerstörung der Inneneinrichtung durch Brand in der Pogromnacht kam. Äußerlich hatte das Gebäude kaum Schaden genommen und musste von der jüdischen Gemeinde an die Kommune verkauft werden. Es wurde anschließend über mehrere Jahre als Lagerraum genutzt, bis es vermutlich um

1950 abgerissen wurde. – Soweit zur Richtigstellung von Fakten.

Bevor ich mich mit der Frage einer „mangelnden Gedenkkultur“ auseinandersetze, muss ich als Mitglied der Initiative Stolpersteine Frankfurt (Oder) / Slubice noch etwas zu dem als Beispiel einer „mangelnden Gedenkkultur“ herangezogenen Beispiel der entwendenden Stolpersteine ausführen, da hier die These aufgestellt wird, dass eine nicht alsbaldige Wiedereinsetzung der 2019 entwendeten Stolpersteine dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gegenüber unwürdig sei. Eng damit verwoben wird der Anspruch der Stolpersteine mit einer Spende finanziell absichernden Spender:innen auf eine Mitbestimmung bei der Wiedereinsetzung. An dieser Stelle muss vorausgeschickt werden, dass die über 180 in Frankfurt (Oder) und Slubice verlegten Stolpersteine auf Initiative von engagierten, ehrenamtlich aktiven Bürger:innen dieser Stadt verlegt werden konnten. Unterstützt wurden die Verlegungen, dass heißt konkret die Kostenübernahme für die Stolpersteine, durch verschiedene Spender:innen aus der Stadt. Die Spenden dienen allerdings nicht der Refinanzierung der vorzunehmenden Recherche- und weiteren vorbereitenden Arbeiten, die im Zusammenhang mit den Verlegungen zu erbringen waren. Mit anderen Worten, mit einer Spende allein, so notwendig und hilfreich sie auch immer sei, ist noch kein einziger Stolperstein verlegt. Vor diesem Hintergrund sollte es verständlich sein, dass diejenigen, die sich seit Jahren um Stolpersteine in Frankfurt (Oder) kümmern, möglicherweise nicht immer den Wünschen von Spender:innen entsprechen können, da Entscheidungen, hier die Verlegung einer Wiedereinsetzung, vor dem Hintergrund jahrelanger Erfahrungen getroffen werden und in keinen Fall mit einer „mangelnden Gedenkkultur“ zu verbinden sind.

Abschließend sei noch kurz auf die vom Autor unterstellte „mangelnde Gedenkkultur“ kurz eingegangen:

Gedenk- und Erinnerungskultur ist ein breit und vielfach kontrovers diskutiertes Thema. Dass Frank Kreitner in seinem Beitrag hier zusammenfassend die verschiedenen, in der Fachwelt diskutierten Positionen darstellt und aus seiner Sicht bewertet will ich als Erwartung gar nicht formulieren, aber es wäre für das Verständnis und die Bewertung der dargelegten Aussage einer „mangelnden Gedenkkultur“ schon hilfreich zu erfahren, wie sich Frank Kreitner eine „angemessene Gedenkkultur“ vorstellt. Ob die Abstellung der angemahnten „Mängel“ zu der angestrebten Gedenkkultur führen, mag ich aufgrund der Ausführungen bezweifeln.

So wird die Gedenkkultur aus meiner Sicht nicht alleine dadurch gefördert, dass die Spende für einen Stolperstein übernommen wird. Die Spende für einen Stolperstein ist ein wichtiger Beitrag, aber im Anschluss stellt sich die Frage, wie sich seitens der Spender:innen um den Stolperstein gekümmert wird. Einen Stolperstein, auch als dezentraler Erinnerungs- bzw. Gedenkort zu begreifen, bedarf einer regelmäßigen Pflege, die in einem mindestens einmal im Jahr durchzuführenden Putzen der Stolpersteine besteht. Nur so erhalten sie ihren Glanz und stechen aus dem Pflaster hervor.

In welcher Form und mit welchen konkreten Putzaktivitäten DIE LINKE oder Frank Kreitner sich hier engagiert haben, ist mir nicht bekannt. Ich empfehle daher, nicht beim Beklagen einer „mangelnden Gedenkkultur“ zu verharren. Es gilt Zeichen einer aktiven Erinnerungs- und Gedenkkultur zu setzen und die Verantwortung hierzu nicht auf andere zu verschieben.

Neuanlauf für das Brückenfest 2022 startet

Eine Projektgruppe unter Beteiligung der LINKEN will das Brückenfest auf breitere Schultern verteilen.

von Stefan Kunath

Im Jahr 1992, also ziemlich genau vor 30 Jahren, fand in Frankfurt (Oder) zum ersten Mal das Brückenfest statt. Das Brückenfest hat seitdem viele Menschen zusammengebracht. Es ist ein Fest der Zivilgesellschaft, der ehrenamtlich Tätigen, der Vereine und Initiativen. Es hat in den vergangenen 30 Jahren dazu beigetragen, Diskussionen anzustoßen, gesellschaftliche Gräben zu schließen und aus dem Fest heraus neue Gemeinsamkeiten für unsere Stadt zu entwickeln. Es hat sich „zur größten Politparty Ostbrandenburgs“ gemausert, wie Axel Henschke zu pflegen sagt. Wenn es das Brückenfest heute nicht gäbe, es müsste erfunden werden.

Was als Initiative unter Federführung der damaligen PDS entstanden ist, ist heute Inspiration für das Frankfurter Rathaus. Wir sind die Stadt der Brückenbauerinnen und Brückenbauer, so das Motto der Stadt um die Bewerbung des Standortes um das Zukunftszentrum europäische Transformation und Deutsche Einheit. Dieses Zentrum soll einerseits die Wende- und Nachwendezeit aufarbeiten und andererseits Forschen, Ratgeben und Vermitteln für die Strukturbrüche, die angesichts des notwendigen Umbaus unserer Gesellschaft zur klimaschonenden Produktion- und Lebensweise und der Digitalisierung im Herzen Europas vor uns stehen.

Doch seit zwei Jahren hat die Corona-Pandemie dem Brückenfest ein Strich durch die Rechnung gemacht. Dabei ist das gemeinsame Zusammenkommen, miteinander reden, diskutieren und friedliche feiern angesichts der zunehmenden Spaltung, Vereinzelung und Dauergereiztheit im Zuge der Pandemie, die wir auch in unserer Stadt Frankfurt sehen, wichtiger denn je. Vor allem aber ist der 1. Mai als Tag der Arbeit der ideale Zeitpunkt, um über Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu diskutieren, die angesichts der Folgekosten der Pandemiebekämpfung und

des gesellschaftlichen Wandels hin zur Klimaneutralität vor uns stehen. Zur Wahrheit gehört jedoch, dass wir als LINKE als originäre Anmelderin der vergangenen 30 Jahre nicht mehr die personellen und finanziellen Ressourcen haben, um das Brückenfest weiterhin im gewohnten Ausmaß zu organisieren.

Wer ist die Projektgruppe?

Umso mehr freue ich mich, dass nach dieser zweijährigen Pause in diesem Jahr ein neuer Anlauf beginnt, um das Brückenfest wiederzubeleben, weiterzuentwickeln und auf eine noch breitere zivilgesellschaftliche Basis zu stellen. Unter der Federführung zivilgesellschaftlicher Akteure und unter Beteiligung der Linken hat sich eine Projektgruppe gebildet, die das Brückenfest im Jahr 2022 organisieren will.

Der Kreisvorstand hat nach mehreren konzentrierten Debatten einstimmig beschlossen, die Organisation des Brückenfestes an die Projektgruppe um Anja Millow, Lukas Lindemann, Sören Meier-Klodt, Enis Savmaz, Ira Helten und Stefan Kunath zu übergeben. Die Projektgruppe ist bestens vernetzt über das im Mikado ansässige Quartiersmanagement der Stiftung SPI, dem „Verbuendungshaus fforst“ sowie dem Asta der Europa-Universität Viadrina. Zurzeit bereitet die Gruppe einen Förderantrag über das Programm „Demokratie leben“ vor. Dabei befindet sich die Gruppe in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften.

Für unseren Kreisverband eröffnet sich durch eine erfolgreiche Neuaufstellung des Brückenfestes die Möglichkeit, uns auf unser zu präsentierendes politisches Angebot viel mehr als bisher konzentrieren zu können. Der Kreisvorstand hat beschlossen, die Organisation des Brückenfestes über die zur Verfügungstellung unserer Flatterstände und durch unsere Beteiligung in Form unseres Politzentrums zu unterstützen. Der Kreisvorstand wird hierzu eine Person oder Personengruppe beauftragen, um ein Konzept für das Politzentrum zu planen und umzusetzen.



IMPRESSUM**Der Rote Hahn**

Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Wir behalten uns vor, Beiträge sinngemäß zu kürzen. Für unverlangt eingesandte Beiträge und Bilder, übernehmen wir keine Haftung. Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
☎ (0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
🌐 <http://gleft.de/45M>
🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, Sonnhild Grünberg,
Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

weitere Autor:innen:

Dr. Horst Dahlmann, Stefan Kunath,
Ella Schleese, Günther Wullekopf

Satz und Druck: **Willi Wallroth**

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende Der Rote Hahn**

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 08. März 2022

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

15. Februar 2022, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 17. Februar, 13:00 Uhr,
Hybrid-Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter
der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!



www.dielinke-ffo.de

Rollstuhlgerechte Toiletten bei "Sommerklänge – Klassik im Park"

von *Stefan Kunath*



Mehrere Konzerte unter der Reihe „Sommerklänge – Klassik im Park“ haben im vergangenen Jahr tausende Besucherinnen und Besucher glücklich gemacht. Die Freude über den niedrigschwelligen

Kulturgenuss und das Wiedersehen vieler bekannter Gesichter nach monatelangen Pandemie-Einschränkungen unter freiem Himmel waren deutlich spürbar. Einen kleinen Wermutstropfen hatte die Veranstaltungsreihe jedoch für Besucherinnen und Besucher, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. So fehlten auf den Veranstaltungen rollstuhlgerechte Toilettenkabinen. „Ab dem Jahr 2022 werden zu allen Konzerten zusätzlich rollstuhlgerechte Toilettenkabinen aufgestellt. Die Nutzung für die Besucher wird kostenfrei sein“, antwortet OB René Wilke auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der Stadtverordnetenversammlung. Auch in diesem Jahr wird die Messe- und Veranstaltungs GmbH als Organisator und Veranstalter die Klassik-Konzerte unter freiem Himmel fortsetzen.

Plattform politische Bildung. Reihe: Sozialismus im 21. Jahrhundert

22. Februar 2022, 18:00 Uhr

„Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution“

... lautet der Titel der jüngsten Publikation von Klaus Dörre, erschienen 2021 bei MSB Matthes & Seitz Berlin Verlagsgesellschaft mbH, in der Dörre Konturen für einen Sozialismus für das 21. Jahrhundert herausarbeitet. Hierbei bewegt er sich im Spannungsverhältnis des utopischen Denkens, einer kritischen Analyse des aktuellen Kapitalismus und der Debatte einer konkreten Ausgestaltung einer sozialistischen Gesellschaft. Dörre verbindet Sozialismus dabei eng mit den Anforderungen eines nachhaltigen Entwicklungspfades, der sich an den 2016 von den Vereinten Nationen formulierten 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung orientieren sollte.

Während unserer Veranstaltung wollen wir diskutieren, inwieweit die Ausführungen von Dörre eine tragbare Grundlage für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert abgeben können.

Online-Veranstaltung,

Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu>

#HolocaustMemorialDay #neveragain #keinvergessen #keinvergeben

In mahnender Erinnerung

27. Januar: Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus,
Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, Holocaust Remembrance Day



Rita Fellert wurde am 6. Februar 1931 in Frankfurt (Oder) geboren.

Mit ihren Eltern **Elsa Ruth Julie** und **Kurt Martin Fellert** und ihrem jüngeren Bruder **Lothar Max Robert Fellert** (geboren 1936) lebte sie in der Richtstraße 49, der heutigen Karl-Marx-Straße 10. Das Ehepaar betrieb in der Judenstraße 7 ein Textilwaren- und Arbeiterbekleidungsgeschäft, welches im Zuge der Nürnberger Gesetze arisiert wurde.

Die Familie Fellert musste 1941 ihre Wohnung verlassen und bezog ein Zimmer in der Berliner Rosenstraße 36, einem bekannten Judenhaus. Hier sind die Lebensbedingungen miserabel und die Familie Fellert wohnt zusammen in einem einzigen Zimmer.

Im Jahr 1942 entschließen sich die Eltern dazu, ihre damals 11-jährige Tochter Rita in die Baruch-Auerbachsche Waisen- und Erziehungsanstalt in Berlin zu schicken.

Sie hoffen, dass so zumindest die kleine Rita aus Deutschland gebracht werden kann. Lothar ist zu diesem Zeitpunkt vier Jahre alt und bleibt bei den Eltern. Doch die Hoffnung, dass Rita aus dem Deutschen Reich entkommen kann, erfüllt sich nicht.

Am 2. April 1942 wurde sie zusammen mit ihren Eltern und ihrem Bruder Lothar Max Robert von Berlin ins Warschauer Ghetto deportiert, auch die Überstellung ins KZ Auschwitz erfolgt gemeinsam.

Es gibt kein weiteres Lebenszeichen von Rita und ihrer Familie.

Für Familie Fellert wurden in Frankfurt (Oder) Stolpersteine verlegt.

Quelle: <http://www.stolpersteine-ffo.de/rassisch-verfolgte-155-i/>

Stolpersteine Frankfurt (Oder) und Stübice:

<http://www.stolpersteine-ffo.de>



Eine "Mauschelei" zulasten der Demokratie

Newsletter "Zwischen Zeuthen und Brüssel" Ausgabe 42, 21. Januar 2022

von Helmut Scholz, Abgeordneter des Europaparlaments und Mitglied der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der vergangenen Woche musste ich an dieser Stelle über den plötzlichen Tod David Sassolis berichten. Der italienische Sozialdemokrat stand zweieinhalb Jahre an der Spitze des Europäischen Parlaments und hat auch mit unserer Fraktion THE LEFT konstruktiv und freundschaftlich zusammengearbeitet. Am Montagabend haben wir seiner in einer feierlichen Trauerstunde im Parlament gedacht.

In dieser Woche stand nun – turnusmäßig – die Neuwahl von Parlamentspräsident*in und Vizepräsident*innen an. Mit Roberta Metsola, die die Abstimmung im ersten Wahlgang gewann, steht nun eine Vertreterin der EVP an der Parlamentsspitze. Über die Malteserin ist viel gesagt und geschrieben worden, politisch gilt sie als sehr konservativ, vor allem ihre restriktive Position zu Schwangerschaftsabbrüchen wird von progressiven Kräften auch im Parlament sehr kritisch gesehen – wie etwa in unserer Fraktion. Dabei will ich jedoch ausdrücklich anerkennen, dass sich Metsola einer offenen und ehrlichen Debatte in unserer Fraktion gestellt hat.

Die Wahl von Roberta Metsola war aber keineswegs überraschend. Bereits zu Beginn der Legislatur hatten sich EVP und Sozialdemokraten (S&D) auf David Sassoli und einen Wechsel nach zweieinhalb Jahren geeinigt. Und somit hatte auch die Kandidatin unserer Fraktion, Sira Rego von der spanischen Linkspartei Izquierda Unida, praktisch keine Chance. Eine Mauschelei, die übrigens der Demokratie und Transparenz, für die sich David so einsetzte, schadet und das Ansehen des Europäischen Parlaments beschädigt. Ich hoffe, dass dies nun – auch durch die Debatten in der EU-Zukunftskonferenz mit dem Fokus auf Stärkung von Demokratie – das letzte Mal so ablief. Und Präsidentin Metsola hat in ihrer Antrittsrede viel von Reform der Arbeitsweise auch im Europäischen Parlament gesprochen – ich, wir werden dranbleiben, auch, ob sich die politischen Fraktionen und Europäischen politischen Parteien entsprechend verhalten werden.

Dass die Bürgerinnen und Bürger andere Vorstellungen von Demokratie und ihrer Mitentscheidung auf europäischer Ebene haben, hat sich in den bisherigen Foren von Bürger*innen im Rahmen der großen EU-Zukunftskonferenz (CoFoE) gezeigt. Mittlerweile liegen aus zwei der vier thematischen Foren die Berichte mit zahlreichen Empfehlungen für Folgemaßnahmen der EU-Institutionen vor; im Laufe der nächsten drei Wochen folgen die zwei anderen Foren, die Corona-bedingt noch nicht zusammenkommen konnten. Wenn Sie diesen Newsletter erhalten, tagt bereits die Plenarversammlung, sozusagen der „institutionelle Teil“ von CoFoE, der Zivilgesellschaft, Institutionen, Parlamente und die Bürger*innen zusammenführt. Auch ich bin wieder dabei. Wir werden dabei die 90 Empfehlungen der Bürger*innen-Foren (Panels) zu den Themen „Europäische Demokratie/ Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ sowie „Klima-

wandel, Umwelt/ Gesundheit“ sowie die Empfehlungen der nationalen Bürgerforen erörtern. Wie Sie wissen, dränge ich darauf, diese Ideen und Vorschläge sehr ernst zu nehmen und in konkrete Politik umzusetzen.

Stichwort konkrete Politik. Was in der nächsten Woche als wichtige Termine in meinem Terminkalender steht, lesen Sie hier weiter unten. Und sicherlich werde ich in einem der nächsten Newsletter – nach den Vorstellungen der Schwerpunkte der französischen EU-Ratspräsidentschaft in den Ausschüssen und nach der Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron am Mittwoch im Plenum, auch noch einmal differenzierter auf die damit einhergehenden Aufgabenstellungen eingehen.

Ihr Helmut Scholz

"Zwischen Zeuthen und Brüssel"

Jeden Freitag veröffentlicht
Helmut Scholz, Abgeordneter der
LINKEN im Europaparlament, auf
seiner Persönlichen Webseite:

www.helmutscholz.eu

einen Newsletter mit seiner Sicht
auf das Geschehen in Brüssel.
Dieser kann dort auch abonniert
werden.



Frankfurt

zeigt

Haltung

#untillarsolidarisch

Frankfurt zeigt Haltung: Am 31. Januar fanden in Frankfurt (Oder) Kundgebungen für ein solidarisches Miteinander, in Gedenken an die Verstorbenen und gegen rechtsextreme Propaganda, Hass und Hetze statt.

Gleichzeitig gab es viele kritische Worte zur aktuellen Corona-Politik der Landes- und Bundesregierung, denn das Regierungshandeln richtet sich viel zu oft nach den Profitinteressen einiger weniger aus der

Wirtschaft. Deswegen wird immer noch nicht genügend Impfstoff produziert um die Pandemie endlich weltweit eindämmen zu können. Zeitgleich werden Beschäftigte in systemrelevanten Berufen immer noch mit schlechten Gehältern und schlechten Arbeitsbedingungen abgespeist. Aktuell werden die Fehlstellen der Politik im Klinikum Frankfurt wieder besonders deutlich: Der private Betreiber setzt bewusst auf die Hilfe von der Bundeswehr, die vom Staat bezahlt wird, statt die Arbeitsbedin-

gungen für Pflegekräfte zu verbessern und mehr Personal einzustellen.

Unser Kreisverbandsmitglied Paul Grimm hielt für dielinke.sds Viadrina eine gute Rede und hat auf die vielen sozialen Verwerfungen im Bildungssystem durch die Pandemiepolitik aufmerksam gemacht. Die Rede steht demnächst auf unserer Website zur Verfügung.

Gemeinsam solidarisch? Fehlanzeige!

Angesichts des stetigen Demonstrationsgeschehens jeden Montag abend in Frankfurt erklärt Tom Berthold, stellvertretender Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder):

"Der größte Teil der Gesellschaft lässt sich impfen, reduziert die persönlichen Kontakte und hält die Maßnahmen zum Gesundheitsschutz ein. Aber demgegenüber steht eine Pandemiepolitik, die wir nicht solidarisch nennen können. Es gibt viele politische Entscheidungen, die kritisiert werden müssen:

- Beschäftigte in systemrelevanten Berufen werden bei schlechten Arbeitsbedingungen auch noch schlecht bezahlt.
- Impfstoffe sind - zugunsten der reichen Industrieländer - weltweit massiv ungerecht verteilt
- Die Impfkampagne in Deutschland ist teilweise schlecht organisiert und mangelhaft kommuniziert.
- Das Handeln der Regierung richtet sich oft nach Profitinteressen.

Protest ist in einer demokratischen und offenen Gesellschaft ein wichtiges, hohes Gut und ein garantiertes Grundrecht in einem Rechtsstaat. Deshalb ist es auch richtig, dass Versammlungen auf der Straße unter Einhaltung des Gesundheitsschutzes nach wie vor möglich sind.

Dennoch erfüllen uns die anhaltenden, montäglichen Demonstrationen unter Missachtung des Versammlungsrechts und des Gesundheitsschutzes mit großer Sorge. Denn zum einen wird während dieser Versammlungen keine einzige der recht einfachen Regeln, wie Abstand halten und Maske tragen, eingehalten.

Zum anderen nehmen an diesen Protesten klar erkennbar Nazis und Vertreter:innen der extremen und radikalen Rechten in

Frankfurt und dem Umland teil und unterstützen sie. Es mag kein Protest von Nazis sein, es ist aber ein Protest mit Nazis. Ihre Gedanken und Kader sind nicht Teil einer demokratischen Gesellschaft und dürfen es nie werden.

Eine Gefahr für unser demokratisches Zusammenleben geht nicht von den Impfstoffen aus. Eine Gefahr für unser demokratisches Zusammenleben geht vielmehr von Nazis aus, die Proteste weiter radikalisieren wollen. Eine Gefahr geht auch davon aus, dass parlamentarisch beschlossene und gerichtlich überprüfbare Corona-Einschränkungen als diktatorisch bezeichnet, die Unabhängigkeit der Medien angezweifelt und die demokratischen Institutionen verächtlich gemacht werden."

Ereignisse und Daten

zu den führenden Gremien der SED und der DDR vom 18. Oktober bis 18. Dezember 1989

von Axel Henschke, AG Geschichte DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

18. Oktober

9. Tagung des Zentralkomitees (ZK) der SED

Erich Honecker erklärt, dass ihn gesundheitliche Gründe zwingen, auf das Amt des Generalsekretärs zu verzichten und schlägt Egon Krenz als seinen Nachfolger vor. Günter Mittag und Joachim Herrmann werden aus dem Politbüro abgewählt.

Am Abend: Fernsehansprache von Egon Krenz in neuer Funktion.

24. Oktober

Tagung der Volkskammer der DDR

Auf Antrag der SED-Fraktion wird Erich Honecker von seinen Staatsfunktionen entbunden und Egon Krenz (mit zahlreichen Gegenstimmen und Enthaltungen) zum Vorsitzenden des Staatsrats und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrats gewählt.

7. November

Der Ministerrat der DDR unter Ministerpräsident Willi Stoph tritt zurück.

8. November

Beginn der 10. Tagung des ZK der SED

Egon Krenz schlägt für das Politbüro ein Aktionsprogramm der SED vor. Schwerpunkte sind u.a.: eine Reform des politischen Systems, Ausbau eines sozialistischen Rechtsstaats, eine neue Militärdoktrin mit Einführung eines Zivildienstes, Gewährleistung umfassender Information und Freiheit der Medien, eine umfassende Wirtschaftsreform, Gewährleistung der Freiheit und Eigenverantwortung in Kultur und Kunst, eine Reform des Bildungswesens, eine erneuerte SED. Hans Modrow wird als künftiger Ministerpräsident vorgeschlagen. Es wird ein personell verändertes Politbüro gewählt.

9. November

Fortsetzung der 10. Tagung des ZK der SED

In der Debatte zum Aktionsprogramm und zur Situation der SED wird der Streit um die Frage Parteikonferenz oder Parteitag als Reaktion auf Forderungen der SED-Mitgliedschaft geführt. Es wird die Durchführung einer außerordentlichen Parteikonferenz beschlossen. Am Nachmittag informiert Krenz über Veränderungen der Reiseregulungen.

Am Abend: Während die ZK-Tagung noch läuft, versammeln sich, wie bereits am 8. November, Tausende Mitglieder der SED vor dem ZK-Gebäude, verlangen Information und Rechenschaft zu Inhalt und Verlauf der Tagung und zur aktuellen Position der Parteiführung.

Die Kritik ist hart, der Protest leidenschaftlich und mit großer Klarheit wird ein Sonderparteitag gefordert.

10. November

Fortsetzung und Abschluss der 10. Tagung des ZK der SED

Das am ersten Sitzungstag vorgeschlagene Aktionsprogramm wird beschlossen. Egon Krenz eröffnet die Tagung mit den Worten „wir setzen unsere Beratung fort“. Kein Wort zu den Ereignissen der Nacht und zur Grenzöffnung. Die ZK-Mitglieder fragen auch nicht nach. Erst einige Stunden später sagt Krenz zur diesbezüglichen Situation:

„Genossen, ich bitte um Verständnis. Ich weiß nicht, ob wir alle oder ob viele den Ernst der Lage erkannt haben. Der Druck, der bis gestern auf die tschechoslowakische Grenze gerichtet war, ist heute Nacht auf unsere Grenzen gerichtet. Es besteht eine große Gefahr, dass uns viele Menschen verlassen. Obwohl, ein positives Zeichen ist, von denen, die heute Nacht nach Westberlin gegangen sind, der Druck war nicht zu halten, es hätte nur eine militärische Lösung gegeben, Genossen, damit wir uns einig sind, durch das besondere Verhalten unserer Grenzsoldaten, unserer Genossen vom Mdl, vom MfS ist die Sache mit großer Ruhe bewältigt worden und über zwei Drittel derer, die heute Nacht Westberlin besucht haben, sind inzwischen wieder auf ihren Arbeitsplätzen hier. Das ist ein positives Signal. Aber der Druck nimmt weiter zu.“ (Quelle: Protokoll der 10. Tagung des ZK der SED, S. 121).



SED-Symbol am ehemaligen Gebäude des Zentralkomitees am Werderschen Markt in Berlin | Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0123-027 / Oberst, Klaus / CC-BY-SA 3.0

10. November

Am Abend: Kundgebung der Berliner Bezirksparteiorganisation im Lustgarten

Tausende Mitglieder machen hauptsächlich ihrem Ärger Luft, bekunden ihren Willen, basisbestimmt an der Reform des Sozialismus in der DDR mitarbeiten zu wollen und fordern nachdrücklich vom ZK die Einberufung eines Sonderparteitages statt einer unverbindlichen Parteikonferenz.

12. November

Außerordentliche Tagung des ZK der SED

Sie beschließt anstelle der Parteikonferenz die Einberufung des Parteitages.

13. November

Tagung der Volkskammer der DDR

Anstelle des zurückgetretenen Horst Sindermann (SED) wird nun Günter Maleuda (DBD) zum Präsidenten der Volkskammer gewählt. Hans Modrow (SED) wird zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Ein Antrag der CDU-Fraktion, die führende Rolle der SED aus der Verfassung zu streichen, wird noch in Vorbereitung der Tagung abgeblockt.



11. Tagung der Volkskammer am 13. November 1989
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1113-043 / Mittelstädt, Rainer / CC-BY-SA 3.0

17. November

Tagung der Volkskammer der DDR

Hans Modrow gibt die Regierungserklärung ab und stellt seine Koalitionsregierung vor.

1. Dezember

Tagung der Volkskammer der DDR

Auf Antrag der SED-Fraktion beschließt die Volkskammer die Streichung des Führungsanspruchs der SED aus dem Artikel 1 der Verfassung der DDR.

2. + 3. Dezember

Kreisdelegiertenkonferenzen der SED zur Wahl ihrer Delegierten für den einberufenen Sonderparteitag am 7./8. Dezember

3. Dezember

Außerordentliche Tagung des ZK der SED

Rücktritt des Politbüros und des Zentralkomitees der SED, Bildung eines Arbeitsausschusses unter Vorsitz von Herbert Kroker, Bildung einer Untersuchungskommission zur Überprüfung von Machtmissbrauch und Korruption in der SED unter Leitung von Gregor Gysi

4. Dezember

Der Arbeitsausschuss beruft acht Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Parteitages

8. - 9. Dezember

Außerordentlicher Parteitag der SED

16. - 17. Dezember

Außerordentlicher Parteitag der SED

Im Zentrum der kontroversen Beratungen der 2.147 Delegierten stehen sowohl die Verständigung zur aktuellen Situation, zum Referat „Zur Krise der Gesellschaft der DDR und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED“ (später vor allem mit seiner Hauptthese „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ zitiert), zur Konstituierung erneuerter Strukturen, wie zum Statut, der Auflösung der Parteikontrollkommissionen und der Bildung unabhängiger Schiedskommissionen und zur Umwandlung des hauptsächlichlichen Organisationsprinzips für die Mitgliedschaft weg von der Organisation in den Betrieben, Institutionen und Einrichtungen hin zum Territorial- und Wohnortsprinzip.

Viele Delegierte fordern die Auflösung der SED und die Gründung einer neuen Partei. Die Mehrheit stimmt für die Neuformierung der SED zu einer modernen sozialistischen Partei.

Gregor Gysi wird zum Vorsitzenden gewählt. Die Partei benennt sich in SED/PDS um. Insgesamt schrumpft die SED bis zum Ende 1989 von etwa 2,3 Millionen auf rund 700.000 Mitglieder.

Soweit kurz zu Ereignissen und Fakten auf der zentralen Ebene für den relativ kurzen Zeitraum vom 18.10. bis 18.12.1989. Ausdrücklich erwünscht sind Zusätze, Ergänzungen und Kommentierungen.

An welches Ereignis, welchen Fakt möchte ich aus welchem Grund erinnern?

Was bewegte mich damals? Wie ehe ich das Heute?

Darüber hinaus geht es uns um eure persönlichen Erlebnisse. Hilfreich sind sicher Antworten zu den Fragen:

In der Folge haben wir vor, an die Ereignisse in Frankfurt (Oder) zu erinnern und freuen uns auf aktive Mitarbeit.

Emailadresse der AG Geschichte:
geschichte@dielinke-ffo.de



Übergabe mehrerer Kisten mit Spenden für Kubas Schulen und Ärzteschaft durch die KPD-Genossinnen und Genossen im Umland Frankfurts.
Foto: Wolfgang Frotscher

Hilferuf aus Eisenhüttenstadt

von Wolfgang Frotscher

Kurz vor Redaktionsschluss bekam ich eine Mail aus Eisenhüttenstadt.

Inhalt: Bitte kommt recht schnell einige Kisten mit Solidaritätsgütern für Kuba abholen! Ich habe kaum noch Platz in meinem Schlafzimmer. - Die Genossinnen und Genossen der KPD der LO Brandenburg, der RO Oder-Spree und Einzelmitglieder hatten wieder fleißig gesammelt. Die Schulen und das Gesundheits-

wesen der sozialistischen Karibikinsel benötigen von großen bis zu ganz kleinen Dingen fast alles. Diesmal dabei waren u. a. viele Stifte, Mal- und Zirkelkästen sowie Schreibmaterialien aller Art. Dazu kamen dann noch eine Menge Hand- und Badetücher. Verschiedenste Hygienartikel wurden uns auch mitgegeben.

Wir sind ganz schnell hingefahren, damit wieder Platz wird für die nächsten Samme-

lgergebnisse. - Ganz herzlichen Dank! Und bitte weiter so.

Die Frankfurter Kuba-Freundinnen und -freunde, inner- und außerhalb der Linkspartei, dürfen da gern mal abgucken!

Übrigens: Fahrbereite Fahrräder sind auch weiterhin gefragt...

www.cubasi-ffo.de

Polens wilder Westen

**Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung
des Oderraumes 1945 – 1948**

von *Sonnhild Grünberg*

Am 03. Oktober vorigen Jahres stellte Oberbürgermeister René Wilke die Bewerbung der Stadt für ein Zukunfts- und Transformationszentrum vor. An der Seite unseres Oberbürgermeisters stand der Bürgermeister von Slubice. Sinnbildlich steht das für die Entwicklung einer neuen Nachbarschaft zu Polen, die nach 1989 und der Einführung des visafreien Reiseverkehrs nicht ohne Sprünge und Verwerfungen sich entwickelte und inzwischen eine Partnerschaft auf Augenhöhe ist. An eine solche Partnerschaft war 1945 und auch danach nicht im entferntesten zu denken. Polen und Deutsche waren sich spinnefeind. Der 2. Weltkrieg und seine Folgen hatten scheinbar unüberwindliche Gräben zwischen beiden Völkern hinterlassen.

Wenn es um Flucht, Vertreibung, Um- und Aussiedlung nach dem 2. Weltkrieg geht, dann denken viele in Deutschland zuerst an das Schicksal der etwa 8 Millionen Deutschen, die vor 1945 jenseits von Oder und Neiße lebten. Hitlerdeutschland hatte das polnische Volk massenhaft ausgeraubt und der Zwangsarbeit unterworfen, die jüdische Volksgruppe war fast vernichtet. Entgegen der Pläne Hitlerdeutschlands von einem tausendjährigen großdeutschen Reich flüchteten Tausende und Abertausende Deutsche ab 1944 vor der anrückenden sowjetischen Armee immer weiter nach Westen, über die Oder und Neiße. Was aber geschah aus polnischer Sicht in diesem Gebiet östlich von Oder und Neiße? Wer waren die Menschen, die von nun an hier lebten, woher kamen sie, warum kamen sie und wie erfolgte die Besiedlung?

Antwort auf meine Fragen fand ich in „Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Oderraums 1945 - 1948“. Dieses Buch beruht auf der Habilitationsschrift von Frau Beata Halicka, die sie an der Europauniversität Viadrina 2011 einreichte.

Die Entwicklung nach der Zerschlagung des Faschismus wurde bestimmt durch die

Neuordnung Europas. Dazu gehörte, dass die Alliierten 1945 in Jalta und Potsdam (Potsdamer Abkommen) auch die Grenzen Polens neu festlegten. Polen erhielt als Ausgleich für die Ostgebiete, die hinter der Curzon-Linie an die Sowjetunion fielen, Gebiete im Westen und Norden. Dieser politischen Entscheidung der Alliierten musste die „Landnahme“ durch Polen hin zu einem neuen polnischen Staat folgen, einem Gebiet, das stark zerstört war und wo ganze Landstriche entvölkert waren, zugleich sich aber riesige Ströme von entwurzelter Menschen in alle Himmelsrichtungen bewegten.

Die entstehende polnische Administration maß der Wiederbelebung und Besiedlung des Raumes besondere Bedeutung bei. Politisch stand das unter der Losung, die „wiedergewonnenen Gebiete“ zu polonisieren. Der Zustand, der im Kapitel „Dekonstruktion des Oderraumes“ erfasst wird: Ein stark zerstörtes Gebiet, Entvölkerung, Recht und Gesetz bestimmte der Stärkere, fehlende kommunale und übergeordnete Verwaltung, einschließlich einer Regierung. Noch stand das Land unter sowjetischer Verwaltung.

Die Leserin, der Leser gewinnt im Kapitel „Poland on the move“ einen Eindruck von der „Völkerwanderung“, die schon vor der Kapitulation Hitlerdeutschlands einsetzte. Diese dominierten drei Gruppen: die Millionen polnischen Umsiedler, die aus den ehemaligen ostpolnischen Gebieten kamen, dazu kamen die großen Gruppen von Menschen aus Zentral- und Südpolen und die zurückkehrenden bzw. am Ort verbliebenen Zwangsarbeiter*innen. Sie alle besiedelten das Gebiet neu: Zum einen, „die immer auf gepackten Koffern saßen“, Verzweifelte und Kriegsoffer, andere, die Plünderer und Diebe, die alles mitnahmen, was nicht niet- und nagelfest war, und zum dritten, die Menschen, die sich mit aller Kraft der neuen Aufgabe stellten.

- Die Zeit und der Raum für einen „polnischen Wilden Westen“. -

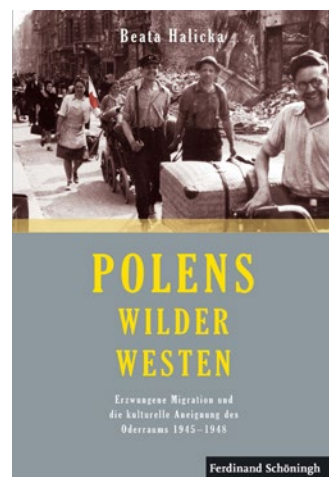
Waren die Ursachen und die Beweggründe der Betroffenen auch noch so

verschieden, ihr Verbleiben nicht schicksalhaft festgeschrieben, letztlich erfolgte eine tatkräftige wirtschaftliche und kulturelle Aneignung des Raumes und mit ihr verschmolzen die vielen Ethnien und Gruppen zu einer neuen Gesellschaft.

Indem Frau Halicka viele Berichte und Schilderungen der Menschen, die diesen Prozess selbst vollzogen und mitgestaltet haben, einbezog, gewinnt die Leserschaft eine lebendige, zugleich wissenschaftlich fundierte Vorstellung über einen gewaltigen Transformationsprozess in Polen hin zu einer neuen Gesellschaft nach 1945.

Aus heutiger Sicht lassen sich manche damaligen Prozesse und Entscheidungen, die bis in unsere Zeit nachwirken, leicht und schnell als fehlerhaft beurteilen. Voreingenommenheit, nationalistisches Denken und Handeln von Deutschen, Polen und von wem auch immer stehen in jedem Fall einer sicheren, friedlichen Zukunft, die wir in Europa, und zwar in ganz Europa anstreben sollten, entgegen.

Aufklärung zum Beispiel durch historische Forschungen tut deshalb weiterhin Not.



**Support your local bookdealer!
Unterstützt den lokalen Buchhandel!**

Autor:in: Beata Halicka
Titel: Polens Wilder Westen: Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Oderraums 1945 - 1948
Verlag: Brill | Schoeningh
Erscheinungsdatum: 07.10.2016
Seiten: 939
ISBN: 978-3-506-78653-1
Preis
Gebundene Ausgabe: 39,90 €

DIE LINKE. SDS Viadrina: Workshop

Clara Zetkin & Kurt Löwenstein



In Vorbereitung auf ein landeshochschulpolitisches Treffen und im Rahmen der Viadrina-Themenwoche gegen Sexismus, Transfeindlichkeit und Homophobie hat der SDS zwei Workshops veranstaltet. Als SDS wollten wir uns mit zwei Ikonen des demokratischen Sozialismus beschäftigen und diese auch unseren Kommiliton_innen näher bringen: Clara Zetkin und Kurt "Kerl" Löwenstein. Denn wie auch die AG DIE LINKE Stärken wollen wir uns als SDS der Frage widmen: Was bleibt vom Sozialismus des 20. Jahrhunderts und wie kann der Sozialismus des 21. Jahrhunderts aussehen?

In unserem Workshop zu Clara Zetkin lieferten Genossin Anni und Genosse Paul für die Studierenden der Viadrina einen Input zum Leben und Wirken der feministisch-sozialistischen Revolutionärin.

Nachdem Anni durch die verschiedenen Abschnitte im Leben Zetkins führte und ihre vielen Kämpfe, zunächst den gegen die männerdominierte und später kriegsbefürwortende SPD und am Ende ihres Lebens gegen die durchstalinisierte KPD, aufzeigte, führte Paul kurz in ihr umfangreiches und von großer Kreativität gekennzeichnetes Werk ein. Hierbei zeigte sich, dass Zetkin, neben einer großen Fähigkeit zur gesellschaftlichen Analyse, auch ein humanistisches Profil besaß, welches sich insbesondere in ihrem Perspektiven auf Kunst, Kultur und Erziehung zeigte.

Zum Abschluss wurde Zetkins Text „Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen“ diskutiert (<https://kurzelinks.de/ClaraZ>). In der Diskussion zeigte sich die Aktualität vieler Gedanken Zetkin: Fragen von Partizipation und Wahlrecht oder aber auch, wie Geschlecht und Wirtschaft miteinander verschränkt sind - ein Thema das auch nach wie vor sozialistische Feministinnen wie z.B. die US-Amerikanerin Nancy Fraser umtreibt.

Unser einige Tage später in Kooperation mit den Falken veranstaltete Workshop zu Kurt Löwenstein begann ebenfalls mit einem historischen Input. Löwenstein löst sich vor dem ersten Weltkrieg von seiner bürgerlichen Gesinnung und der jüdischen Religion und wurde in den Revolutionsbemühungen stärker politisch aktiv. Als Soldatenrat stand er Zeit seines Lebens

für möglichst direkte Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen soweit möglich. Er trat der USPD bei und prägte stark ihr bildungspolitisches Profil. Er war von 1920 - 1933 Reichstagsabgeordneter und engagierte sich in der Kommunalpolitik in Neukölln.

Die gelesenen Texte verschmolzen die Erfahrungen der praktischen Tätigkeit mit der Kenntnis (gesellschafts)theoretischer Zusammenhänge. In ihnen macht er deutlich, dass es in sozialistischer Bildungspolitik, nicht darum geht, lediglich ein paar begabte Arbeiterkinder in die Elite zu heben, sondern es darum geht klassenbewusste, verantwortungsvolle und motivierte Streitende für eine gerechtere Gesellschaft heranzubilden.

Das beinhaltet auch Lernmittelfreiheit, erschöpft sich darin aber nicht. So war er ein Verfechter der Einheitsschule und gegen die dreigliedrige Teilung des Schulsystems, einfache Schule für Arbeiter*innen, mittlere Schule für die mittleren Laufbahnen und das Abitur und die Akademie für die Elite, welche sich bis heute, wenn auch mit mehr Verästelungen und ein paar Verschiebungen fortentwickelt.

Ferner beschrieb er mit hoher Präzision jene Ablehnung, die Arbeiterkinder gegen die Institution Schule empfanden. Diese begriff er nämlich wie viele Denker des 20. Jahrhunderts vor allem als ein Herrschaftsinstrument, verleugnete jedoch nicht ihr emanzipatorisches Potential. Dennoch mangelte es ihm nicht an Ideen, wie sich eben dieses Potential noch besser ausschöpfen ließ: Deswegen initiierte er die als Zeltlager organi-

sierten "Kinderrepubliken". Hier erprobten proletarische Kinder das Errichten eines „Dorfes“ mit der Selbstregulierung aller notwendigen Aufgaben in demokratischer Selbstorganisation (Wachenzeiten, Aufstehzeiten, Tischdienste, Freizeitenorganisation). Hierüber wurde das Bewusstsein und der aktive Lebenswandel der Arbeiterkinder gestärkt.

Noch heute lässt sich im Verhältnis zur Institution Schule vieles von Kurt Löwenstein lernen. Mögen auch die Techniken, mit denen Kinder in der Schule segregiert und die gesellschaftliche Hierarchie legitimiert wird, raffiniert geworden sein: Schule ist noch immer ein Teil des "ideologischen Staatsapparates". Umso wichtiger sind jene selbstorganisierten Bildungsprojekte, mit denen freie Träger wie Die Falken ein Gegengewicht setzen. Hierfür ist ihnen zu danken!

Bei vertieftem Interesse an einzelnen Themen oder dem Wunsch, die Lektüre selber zur Verfügung gestellt zu bekommen, könnt Ihr Euch gerne an uns wenden!

Euer DIE LINKE.SDS Viadrina

**DIE LINKE
SDS**

**VIADRINA
FRANKFURT (ODER)**

KONTAKT

 [sds.viadrina](https://www.instagram.com/sds.viadrina)

 [dielinke.SDSViadrina](https://www.facebook.com/dielinke.SDSViadrina)